

GUTE GESETZE UND GUTE UMSETZUNG

DURCHSETZUNG DES ARBEITS(SCHUTZ)RECHTS IN
DEUTSCHLAND DURCH EFFEKTIVE KONTROLLEN

Mindestlohn 12,41 €
Arbeitsrechte
Sozialversicherungsbeiträge
Arbeitsrechtsverstöße
Arbeitsschutz

6

Fachkonferenz, 21. Februar 2024, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

World Café: Gespräch mit Bundestagsabgeordneten

Zu den Leitfragen

Carlos Kasper SPD:	2
Wie zufrieden sind Sie bzw. Ihre Partei damit, wie die für Arbeitsinspektion zuständigen Behörden in Deutschland ihre Funktion erfüllen?	2
Welche „Baustellen“/ Verbesserungsvorschläge sehen Sie bzw. Ihre Partei in diesem Bereich?	2
Welche Hebel erachten Sie bzw. Ihre Partei als zentral, wenn es um positive Veränderungen in diesem Bereich geht?	2
Beate Müller-Gemmeke und Bruno Hönel Bündnis 90/Die Grünen	3
Wie zufrieden sind Sie bzw. Ihre Partei damit, wie die für Arbeitsinspektion zuständigen Behörden in Deutschland ihre Funktion erfüllen?	3
Welche „Baustellen“/ Verbesserungsvorschläge sehen Sie bzw. Ihre Partei in diesem Bereich?	3
Welche Hebel erachten Sie bzw. Ihre Partei als zentral, wenn es um positive Veränderungen in diesem Bereich geht?	4
Carl-Julius Cronenberg FDP	5
Wie zufrieden sind Sie bzw. Ihre Partei damit, wie die für Arbeitsinspektion zuständigen Behörden in Deutschland ihre Funktion erfüllen?	5
Welche „Baustellen“/ Verbesserungsvorschläge sehen Sie bzw. Ihre Partei in diesem Bereich?	5
Welche Hebel erachten Sie bzw. Ihre Partei als zentral, wenn es um positive Veränderungen in diesem Bereich geht?	5
Susanne Ferschl Die Linke	6
Wie zufrieden sind Sie bzw. Ihre Partei damit, wie die für Arbeitsinspektion zuständigen Behörden in Deutschland ihre Funktion erfüllen?	6
Welche „Baustellen“/ Verbesserungsvorschläge sehen Sie bzw. Ihre Partei in diesem Bereich?	7
Welche Hebel erachten Sie bzw. Ihre Partei als zentral, wenn es um positive Veränderungen in diesem Bereich geht?	7

Carlos Kasper | SPD

Carlos Kasper ist Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags und dort Hauptansprechpartner der SPD-Fraktion für die Themen Zoll, Verbrauchssteuern, Energiesteuern. Er ist Vorsitzender des Zollfahndungsdienstgremiums des Bundestags, stellvertretender Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Kriminalpolitik und Mitglied im erweiterten Fraktionsvorstand. Vor dem Einzug in den Bundestag 2021 war Carlos Kasper Zollbeamter bei der Finanzkontrolle/ Schwarzarbeit am Hauptzollamt Dresden. Dort hat er insbesondere die Einhaltung des Mindestlohns kontrolliert.

Wie zufrieden sind Sie bzw. Ihre Partei damit, wie die für Arbeitsinspektion zuständigen Behörden in Deutschland ihre Funktion erfüllen?

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls macht eine sehr gute Arbeit. Die Zöllner:innen sind dafür ausgebildet, die Einhaltung des Arbeitsrechts zu überprüfen und gegebenenfalls Verstöße anzuzeigen. Dies ist eine umfangreiche Arbeit von rechtlicher Bewertung bis zu Außeneinsätzen, denen die Zöllner:innen gut nachkommen.

Ich würde mir wünschen, dass sich in Zukunft noch mehr auf die großen Fälle von Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrugs konzentriert wird. Wir müssen auch hier den Kampf gegen die organisierte Kriminalität aufnehmen.

Welche „Baustellen“/ Verbesserungsvorschläge sehen Sie bzw. Ihre Partei in diesem Bereich?

Wir haben einen großen Fachkräftemangel. Nicht alle Stellen, die wir als Politik geschaffen haben, können besetzt werden. Die Nachwuchsgewinnung sollte oberste Priorität haben. Gleichzeitig müssen wir auch dafür sorgen, dass die offenen Stellen mit externen Kräften besetzt werden. Das kann beispielsweise auch durch externe Ausschreibungen ermöglicht werden.

Aus der Praxis werden immer wieder Probleme bei der Software Pro.fis 2.0 geschildert. Diese sei zu kompliziert und würde die Bearbeitung der Verfahren verlangsamen. Ich erwarte von der Zollverwaltung, sich mit diesen Problemen intensiv auseinanderzusetzen und diese schnellstmöglich zu lösen. Gleichzeitig muss darüber nachgedacht werden, ob es nicht Sinn macht, eine neue, schlanke und einfach zu bedienende Ermittlungsdatenbank zu entwerfen.

Welche Hebel erachten Sie bzw. Ihre Partei als zentral, wenn es um positive Veränderungen in diesem Bereich geht?

Die Ausbildungsmöglichkeiten müssen weiter ausgebaut werden, damit mehr Personal eingestellt werden kann. Außerdem muss die quantitative und qualitative Verfügbarkeit von Aus- und Fortbildungsplätzen bei der FKS besser werden.

Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeilage muss für alle Beamt:innen, somit auch des Zolls, gelten. Der Bundesfinanzminister darf die Umsetzung nicht weiter blockieren.

Beate Müller-Gemmeke und Bruno Hönel | Bündnis 90/Die Grünen

Beate Müller-Gemmeke ist seit 2009 Bundestagsabgeordnete und in der 20. Wahlperiode Berichterstatterin für Arbeitnehmer:innenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und im Petitionsausschuss. Seit 2019 koordiniert sie den Gewerkschafts- und Sozialbeirat der grünen Bundestagsfraktion, der sich in der 20. Wahlperiode wieder neu konstituiert hat. Müller-Gemmeke ist zudem im Sprecherteam von GewerkschaftsGrün. Seit 1997 ist sie Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen und war im Gemeinderat Pliezhausen, im Kreistag von Reutlingen und im Landesverband Baden-Württemberg. Als Sozialpädagogin arbeitete sie freiberuflich im Projektmanagement bei Trägern der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Beate Müller-Gemmeke ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Bruno Hönel ist Mitglied des Deutschen Bundestags und für seine Partei Bündnis 90/Die Grünen ordentliches Mitglied im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss, zudem Obmann im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union. Der gebürtige Dresdner wurde 2018 mit einem Direktmandat in die Lübecker Bürgerschaft gewählt und zog 2021 über die Landesliste Schleswig-Holstein für Lübeck in den Bundestag ein. 2022 schloss er sein Masterstudium der Psychologie an der Universität Hamburg ab.

Wie zufrieden sind Sie bzw. Ihre Partei damit, wie die für Arbeitsinspektion zuständigen Behörden in Deutschland ihre Funktion erfüllen?

Wir haben in Deutschland im Großen und Ganzen ein gutes Arbeitsrecht, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle noch Verbesserungsbedarf gibt. Aber wirklich fair geht es natürlich erst dann zu, wenn Recht auch in der Praxis durchgesetzt wird. Dazu braucht es effektive Kontrollbehörden. Ich war schon mehrfach bei Kontrollen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit mit dabei. Die Kolleg*innen dort sind sehr engagiert und machen einen richtig guten Job. Aber es gibt einige strukturelle Probleme.

Welche „Baustellen“/ Verbesserungsvorschläge sehen Sie bzw. Ihre Partei in diesem Bereich?

Ein Problem, das inzwischen den gesamten öffentlichen Dienst betrifft, ist der Fachkräftemangel. Da helfen nur attraktive Arbeitsbedingungen und genügend Ausbildung und auch Fachkräfteeinwanderung. Die zweite Baustelle ist die mangelnde Digitalisierung und IT-Ausstattung. Kontrollbehörden kämpfen teilweise mit Papier und Stift oder nicht untereinander kompatiblen IT-Systemen gegen organisierte Kriminalität. Und drittens haben wir im Bereich der Kontrolle des Arbeitsrechts das große Problem der zersplitterten Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Ich bin überzeugt, dass Kontrollen aus einer Hand, gebündelt in einer Arbeitsinspektion auf Bundesebene, effizienter wären. Aber dafür bräuhete es grundlegende Reformen.

Welche Hebel erachten Sie bzw. Ihre Partei als zentral, wenn es um positive Veränderungen in diesem Bereich geht?

Der Mindestlohn wurde kräftig erhöht. Wir Grünen fordern, dass der Mindestlohn weiter steigt und zwar auf 14 Euro. Umso wichtiger ist es, dass die Beschäftigten den Mindestlohn auch wirklich bekommen. Und deshalb muss gesetzlich geregelt werden, dass jede Arbeitsstunde aufgezeichnet werden muss und zwar **Tag genau, elektronisch und manipulationssicher**. Denn wer den Mindestlohn umgehen will, der macht es über die Arbeitszeit. **Prekäre Beschäftigungsformen müssen zurückgedrängt werden**. Wenn mit Tarifvertrag, betrieblicher Mitbestimmung und ohne Subunternehmen gearbeitet wird, sind die Arbeitsbedingungen besser und dann muss auch weniger durch Behörden kontrolliert werden. In der Fleischindustrie müssen die Unternehmen gesetzlich geregelt ihre Beschäftigten direkt anstellen. Sub-Subunternehmen-Ketten darf es nicht geben. Das kann ein Vorbild für andere prekäre Branchen sein. Auch für neue Beschäftigungsformen wie **Plattformarbeit** braucht es klare Regeln.

Beim Thema **Digitalisierung** im öffentlichen Dienst haben wir als Ampel bereits einiges angeschoben und Ausgaben dafür erhöht, beispielsweise für das Informationstechnikzentrum Bund, das neben vielen anderen Behörden auch den Zoll unterstützt. Polizei und Zoll haben letztes Jahr eine Vereinbarung zum besseren Datenaustausch geschlossen. Das Bundesministerium des Innern arbeitet aktuell am Programm Polizei 20/20, das auch den Austausch von Daten mit den Landespolizeien und dem Zollkriminalamt verbessern soll.

Das Thema **Personalmangel** ist ein Problem. Planstellen sind bei der FKS zwar genügend vorhanden. Ausbildungs- und Trainingszentren werden gerade bundesweit ausgebaut. Es mangelt aber an Bewerber*innen und auch an Auszubildenden. Der Zoll macht zudem gerade eine große Werbekampagne, um auch Karrieremöglichkeiten beim Zoll aufmerksam zu machen. Es sollte dabei auch geprüft werden, inwieweit Aufstiegsmöglichkeiten verbessert und Tarifbeschäftigte besser gestellt werden können. Letztlich brauchen wir aber auch mehr Fachkräfteeinwanderung und deswegen war es richtig, dass wir dabei sind, die Zuwanderung von Fachkräften erheblich zu vereinfachen.

Carl-Julius Cronenberg, wohnhaft in Arnsberg-Westfalen, ist mittelständischer Familienunternehmer und seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist seither ordentliches Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales und gehört seit dieser Legislatur stellvertretend dem Wirtschafts- sowie Europaausschuss an. Im Herbst 2022 ernannte ihn die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten zu ihrem Sprecher für Mittelstand und Freihandel. Außerdem hat Herr Cronenberg den Vorsitz der Parlamentariergruppe der Maghreb-Staaten inne.

Wie zufrieden sind Sie bzw. Ihre Partei damit, wie die für Arbeitsinspektion zuständigen Behörden in Deutschland ihre Funktion erfüllen?

Hierzulande übernehmen die Arbeitgeber Verantwortung und sorgen für ein hohes Schutzniveau für ihre Beschäftigten. Deutschland gehört im europäischen und weltweiten Vergleich zu den Ländern mit den sichersten Arbeitsplätzen. Positiv hervorzuheben ist die Selbstverwaltung durch die Berufsgenossenschaften, die zu 100 Prozent durch die Arbeitgeber finanziert wird. Funktionierende Selbstverwaltung auf hohem Niveau führt dazu, dass sich Arbeitsinspektion auf Risikobranchen konzentrieren kann. So sind in der Vergangenheit in großen Schlacht- und Zerlegebetrieben der Fleischindustrie vermehrt Missstände festgestellt worden. Dann ist seitens der Behörden zielgerichtete Rechtsdurchsetzung notwendig. Bedarf an mehr Regulierung sehe ich daher nicht.

Welche „Baustellen“/ Verbesserungsvorschläge sehen Sie bzw. Ihre Partei in diesem Bereich?

Ziel muss es sein, Arbeitsschutz koordinierter, digitaler und effektiver zu organisieren, um gleichzeitig Verstöße konsequent zu ahnden und anständige Betriebe von überschießender Bürokratie und Gängelung zu befreien. So sehe ich Verbesserungsbedarf bei der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, zum Beispiel bei Saisonarbeitern in Teilen der Landwirtschaft. Die Zahlung des Mindestlohns kontrolliert der Zoll als Bundesbehörde, die Einhaltung der Arbeitssicherheitsvorschriften das Land, die Kosten der Unterkunft die Kommune. Nur die ganzheitliche Betrachtung aller drei Ebenen ermöglicht eine konsequente Ahndung von Rechtsverstößen. Voraussetzung für die verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Behörden ist die konsequente Digitalisierung in der Öffentlichen Verwaltung.

Welche Hebel erachten Sie bzw. Ihre Partei als zentral, wenn es um positive Veränderungen in diesem Bereich geht?

Notwendigkeit für grundlegende Veränderungen sehe ich angesichts des bereits erreichten hohen Arbeitsschutz- und Sicherheitsniveaus nicht. Arbeitsschutz und -sicherheit liegen ja immer auch im Eigeninteresse der Betriebe. Kein Mitarbeiter ist so teuer wie ein Mitarbeiter im Krankenstand. Zentrale Hebel für positive Veränderung sehe ich erstens im Durchforsten aller Regulierungen, um überflüssige, überschießende und widersprüchliche Bürokratie zurückzuschneiden. Zweitens in einem dienstleistungsorientiertem Mindset der Behörden, die Betriebe als Kunden und nicht als potenzielle Straftäter anerkennen. Und drittens verstärkten, behördenübergreifendem Einsatz von KI, um Risikomuster früher zu erkennen und daraus schneller und zielgerichteter Korrektur- und Vorbeugemaßnahmen abzuleiten. Kurz: Kontrolle ja, aber koordinierter, effektiver und digitaler.

Susanne Ferschl und Pascal Meiser | Die Linke

Susanne Ferschl ist seit 2017 Abgeordnete für Die Linke im Bundestag und für die Themen Arbeit und Mitbestimmung zuständig. Zuvor war sie viele Jahre Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Nestlé Deutschland. Sie ist ihrer Gewerkschaft NGG, bei der sie auf allen Ebenen ehrenamtlich aktiv war, ihrem Betriebsrat und der betrieblichen Mitbestimmung allgemein, immer noch eng verbunden. Auch im Bundestag versteht sie sich als Gewerkschafterin, sie setzt sich dort für mehr Demokratie in den Betrieben und für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Kolleginnen und Kollegen ein. Zu den verbesserten Rahmenbedingungen gehört, dass die Bundesregierung Gesetze nicht nur erlässt, sondern auch effektiv durchsetzt.

Pascal Meiser ist seit 2017 Bundestagsabgeordneter für die Partei DIE LINKE (Wahlkreis Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg - Prenzlauer Berg Ost). Er ist aktuell Mitglied im Wirtschaftsausschuss und gehörte in der Vergangenheit auch dem Ausschuss für Arbeit und Soziales an. In der Gruppe DIE LINKE im Bundestag ist er unter anderem für gewerkschaftspolitische Fragen zuständig. Nach dem Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, der University of Leeds, der Freien Universität Berlin und dem Abschluss seines Studiums als Diplom-Politikwissenschaftler machte er eine Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall und arbeitete anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag sowie in der Parteizentrale der Partei DIE LINKE.

Wie zufrieden sind Sie bzw. Ihre Partei damit, wie die für Arbeitsinspektion zuständigen Behörden in Deutschland ihre Funktion erfüllen?

Auf dem Papier ist die Arbeitsgesetzgebung in Deutschland gut aufgestellt, aber es mangelt an der Um- und Durchsetzung. Das ist vor allem in solchen Betrieben virulent, wo es keine Tarifverträge und keine Betriebsräte gibt, die für die Durchsetzung im Betrieb Sorge tragen.

Aber auch gesetzliche Regelungslücken erschweren die Arbeit der Kontrollbehörden, etwa die fehlende gesetzliche Pflicht zur tagesaktuellen, digitalen Aufzeichnung der Arbeitszeit – bzw. fehlende Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.

Die im Mindestlohngesetz vorgesehene nachträgliche Aufzeichnung der geleisteten Arbeitszeit („bis zum Ablauf des siebten auf den Tag der Arbeitsleistung folgenden Kalendertages“) reicht nicht aus, um Betrug zu vermeiden. Die Arbeitszeiterfassung muss objektiv, verlässlich und zugänglich erfolgen. Die Umsetzung des EuGH-Urteils vom 14.05.2019 (C-55/18) hat unverzüglich zu erfolgen. Darauf weisen uns Kontrolleure im Gespräch immer wieder hin. In Sachen FKS beunruhigt mich zudem die Tendenz, dass die Lücke zwischen den im Haushalt eingeplanten Stellen und den tatsächlich besetzten Stellen immer noch größer wird.

Auch die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung, die die Bundesregierung beschlossen hat, werden – und das ist hinlänglich bekannt – von kriminellen Unternehmen zum Betrug bei den Sozialversicherungsbeiträgen genutzt. Hier hat die Regierung die Hebel in der Hand, durch gesetzliche Änderungen die Arbeit der Kontrollbehörden zu erleichtern.

Beim Arbeitsschutz kritisiere ich vor allem die Untätigkeit und das nachträgliche Schönrechnen der viel zu niedrigen Kontrollquoten. Es ist absehbar, dass die im Arbeitsschutzkontrollgesetz beschlossene Kontrollquote von mindestens fünf Prozent der Betriebe nicht einzuhalten sein wird

Welche „Baustellen“/ Verbesserungsvorschläge sehen Sie bzw. Ihre Partei in diesem Bereich?

Es müssen die Kontrollen ausgebaut werden. Dafür ist es nötig die Zahl der Kontrolleure bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls auf 15.000 zu erhöhen. Außerdem sollte die Bundesregierung ein offizielles Meldeportal einrichten, wo Betroffene Verstöße anonym melden können.

Auch die Arbeitsschutzaufsicht befindet sich in einem besorgniserregenden Zustand. Immer weniger Personal führt immer weniger Kontrollen in immer mehr Betrieben durch. Die Zahl der Arbeitsschutzkontrollen ist in den letzten zehn Jahren um knapp die Hälfte zurückgegangen. Im Durchschnitt wird jeder Betrieb nur alle 25 Jahre kontrolliert. Die zuständigen Kontrollbehörden sind im internationalen Vergleich nicht angemessen ausgestattet und die Aufsicht auf verschiedene Institutionen verteilt. Es braucht eine **bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure beim Arbeitsschutz** – eine Art einheitliche Arbeitsinspektion anstatt ein Nebeneinander zwischen den Arbeitsschutzaufsichten der Länder, den Arbeitsinspektionen der gesetzlichen Unfallversicherung und Bundesbehörden wie dem Zoll. Diese Institutionen kontrollieren parallel zueinander Verstöße gegen das Arbeitsschutzgesetz, das Arbeitszeitgesetz und weitere Schutzbestimmungen. Hier brauchen wir dringend eine bessere Abstimmung und einheitliche Richtlinien. Insbesondere für Problembranchen sind zudem einheitliche Stellen zu schaffen.

Die Linke spricht sich dafür aus, **Quantität und Qualität der Kontrollen zu erhöhen**. Vor allem in Risikobranchen muss deutlich häufiger kontrolliert werden, allerdings darf das nicht zulasten der Qualität gehen. Daher fordern wir, dass Kontrollen nicht nur nach Aktenlage, sondern auch im Betrieb erfolgen müssen. Dafür ist deutlich mehr Personal notwendig.

Welche Hebel erachten Sie bzw. Ihre Partei als zentral, wenn es um positive Veränderungen in diesem Bereich geht?

Neben den genannten gesetzlichen Nachbesserungen und deutlich mehr Kontrollen muss es meines Erachtens vor allem darum gehen, die wichtigste Institution des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu stärken: Die Betriebs- und Personalräte. Sie sind verpflichtet, sich vor Ort für die Durchführung der Vorschriften über den Arbeitsschutz einzusetzen, und verfügen über entsprechende Mitbestimmungsrechte. In mitbestimmten Betrieben werden häufiger Gefährdungsbeurteilungen nicht für das Papier durchgeführt, sondern tatsächlich wie es das Gesetz vorsieht. Auch in anderen Fragen führen Betriebsräte nachweislich zu gesünderen und sicheren Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus muss durch empfindliche Sanktionen sichergestellt sein, dass Lohnbetrug oder Raubbau an der Gesundheit von Beschäftigten keine Kavaliersdelikte sind. Die Deckelung der Bußgelder für Verstöße gegen den Arbeitsschutz bis zu 30.000 Euro sind da kontraproduktiv, denn vor allem große Unternehmen können das aus der Portokasse bezahlen, wenn sie denn zur Anzeige kommen

Auch ist völlig unverständlich, dass Mindestlohnbetrug hierzulande nicht als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit gewertet wird. Das muss sich ändern. Die FKS treibt die Steuern und Sozialabgaben ein, denn die nicht zu zahlen, ist eine Straftat – betroffene Arbeitnehmer bekommen oft nicht mal eine Information, dass es sich lohnt zu klagen, weil Verstöße festgestellt wurden.

Ein weiteres erhebliches Problem ist, dass die FKS auch gegen Beschäftigte ermittelt: Daten unserer Kleinen Anfragen zeigen, dass insgesamt 80 bis 90 Prozent der eingeleiteten Strafverfahren der FKS gegen Beschäftigte gerichtet sind. Diese Doppelwirkung der Zollkontrollen ist kontraproduktiv, um Mindestlohnverstöße aufzudecken.